

Gruppe 1

Aufgabe: Lest euren Teil des Artikels „Klimaschutz? Bitte hinten anstellen“ aus der RHEINPFALZ-Serie „Baustellen der Landespolitik“. Beantwortet im Anschluss die Fragen dazu.

Klimaschutz? Bitte hinten anstellen

Von Kara Ballarin

Baustellen der Landespolitik (6): Die Weltlage hat sich seit der Landtagswahl 2021 massiv verändert. Die Wirtschaft schwächelt, die Sicherheit ist im Fokus – da hat der Klimaschutz aktuell wenig Konjunktur. Was das Land in der ablaufenden Legislatur dennoch erreicht hat und was die Parteien zur Wahl im März 2026 planen.

Sie nennen sich „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ und betiteln den gemeinsamen Koalitionsvertrag als „Zukunftsvertrag“. Gerade mal fünf Jahre ist es her, dass die SPD die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz erneut gewinnt und mit Grünen und FDP weiterregieren kann. Die Welt hat sich in der Zwischenzeit massiv gewandelt.

Die Corona-Pandemie war zum Zeitpunkt der Wahl noch in vollem Gange. Russland startete ein Jahr später die Vollinvasion gegen die Ukraine und stoppte Gaslieferungen nach Deutschland – eine Energiekrise folgte. Donald Trump wurde erneut US-Präsident, beendete den freien globalen Handel, führte sein Land aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und erklärte Treibhausgase für ungefährlich, um Schadstoffgrenzen abzuschaffen

und dem Klimaschutz den Stecker zu ziehen. Vor der eigenen Haustür, im Ahr-tal, zeigte die Flutkatastrophe 2021, welche Verheerung Extremwetter anrichten kann. Von diesen wird es künftig mehr geben, warnen Klimaforscher.

In ihrem „Zukunftsvertrag“ hat sich die Ampel-Koalition denn auch darauf festgelegt, „dass Rheinland-Pfalz in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 klimaneutral wird“ und damit früher als dies der Bund (2045) und die EU (2050) planen. Klimaneutral heißt, dass nur noch so viele Treibhausgase ausgestoßen werden wie gespeichert werden können – etwa durch Wälder und Moore. Schon jetzt ist die Durchschnittstemperatur in Rheinland-Pfalz 1,8 Grad höher als im vorindustriellen Zeitalter und steigt damit schneller als global. Das Pariser Abkommen will die weltweite Erwärmung auf maximal 2 Grad begrenzen.

Von diesem ambitionierten Landesziel ist im Klimaschutzgesetz, das die Koalition vergangenen Sommer durch den Landtag gebracht hat, keine Rede mehr. Vielmehr gilt selbst das Jahr 2040 nun als verhandelbar. Ein geplantes Zwischenziel für das Jahr 2030, aufgeschlüs-

selt nach Sektoren, flog aus dem Text. Zudem soll 2031 geprüft werden, ob Klimaneutralität bis 2040 überhaupt erreichbar ist.

Grund hierfür: Die Wirtschaft hatte massiv interveniert. Es sei ein ungerechter Standortnachteil, wenn das Land seinen Unternehmen Klima-Daumenschrauben anlege und andere Bundesländer dies nicht täten, lautet ein Argument. Ein anderer: Das Umweltministerium arbeite mit veralteten Zahlen, da der geschädigte Wald längst nicht so viel CO₂ speichern könne wie angenommen.

Dennoch halten SPD und Grüne in ihren Programmen zur Landtagswahl am Ziel fest, das Land bis 2040 klimaneutral umzubauen – die Grünen wollen dies sogar als Staatsziel in der Landesverfassung verankern. Hatte die Linke zur Bundestagswahl noch Klimaneutralität bis 2040 angestrebt, nennt sie nun kein konkretes Datum mehr. CDU, Freie Wähler und die in der Ampel mitregierende FDP wollen das Landesklimaschutzgesetz am liebsten wieder abschaffen und sich an den Zielen von Bund und EU orientieren. Die AfD, die den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel bestreitet, will sogar alle Maßnahmen streichen.

Quelle: DIE RHEINPFALZ, 18. Februar 2026

- a. Was versteht man unter dem Begriff „Zukunftsvertrag“ der noch regierenden Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz, und welche Ziele werden darin angestrebt?

Landtagswahl 2026

Name: _____

Gruppe 1

- b.** Warum hat die Wirtschaft Einwände gegen das Gesetz?
Wie wirkt sich das auf die formulierten Klimaziele für Rheinland-Pfalz aus?

- c.** Welche Parteien wollen das Landesklimaschutzgesetz am liebsten wieder abschaffen?
Was wollen diese stattdessen tun?

- d.** Wie seht ihr es: Was ist wichtiger, Wirtschaft oder Klimaschutz?

Gruppe 2

Aufgabe: Lest euren Teil des Artikels „Klimaschutz? Bitte hinten anstellen“ aus der RHEINPFALZ-Serie „Baustellen der Landespolitik“. Beantwortet im Anschluss die Fragen dazu.

Klimaschutz? Bitte hinten anstellen

Von Kara Ballarin

Bei der Energiewende ist das Land ambitioniert: Bis 2030 soll der Strombedarf im Land komplett mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz aber keine Solardachpflicht für private Bauherren eingeführt. Wer neu baut oder ein Dach grundlegend saniert, muss es für Photovoltaik-Anlagen vorbereiten, aber nicht zwingend darauf montieren – das wollen Grüne und Linke ändern. Eine Pflicht gilt bislang nur für neue Gewerbebauten, öffentliche Gebäude und größere Parkplätze. Trotzdem erlebt die Solarenergie seit einigen Jahren einen Boom. Die Mainzer Ampel hatte 2021 als Ziel formuliert, jedes Jahr je 500 Megawatt Leistung aus Wind und Sonne zuzubauen. Allein 2025 kamen 800 Megawatt durch neue PV-Anlagen dazu – dank Privatleuten, aber auch dank Fördergeld aus dem 250 Millionen Euro schweren Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation, kurz: Kipki. Statt der ange-

strebten Leistung von 5,2 Gigawatt durch Sonnenstrom waren es Ende vergangenen Jahres 5,9 Gigawatt. Die Windkraft hat ihr Ausbauziel derweil deutlich verfehlt. Im vergangenen Jahr steigerte sich ihre Leistung lediglich um 166 Megawatt. Mit einer Gesamtleistung von rund 4,3 Gigawatt liegt der Windkraft-Ausbau ein knappes Drittel unter dem Ziel für 2025 von 6,4 Gigawatt. Klimaschutzministerin Katrin Eder (Grüne) erwartet bei der Windkraft aber die Trendwende. Denn 2025 seien Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1,4 Gigawatt genehmigt worden, zum anderen seien die Zuständigkeiten neu geordnet worden, die Genehmigungszeit habe sich dadurch auf 20 Monate halbiert. 2024 – für dieses Jahr gibt es die jüngsten Daten – haben die Erneuerbaren im Land 12,9 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert und damit 700 Millionen weniger als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Stromerzeugung ist von 66 auf 64 Prozent gesunken. Ein Sprecher von Mi-

nisterin Eder erklärt das mit dem „deutlich schlechteren Windjahr 2024“. In ihren Wahlprogrammen setzen SPD und Grüne unbeirrt auf den Ausbau von Solar- und Windkraft und plädieren für ein Bürgerenergiegesetz, um Anwohner und Kommunen stärker an den Erträgen zu beteiligen. Auch Freie Wähler, Linke und FDP wollen Bürger stärker an Energiegewinnen beteiligen. Während die Grünen weiter 100 Prozent Ökostrom bis 2030 fordern, tut das die SPD in ihrem Programm nicht explizit. CDU, FDP und die Freien Wähler wollen einen Mix aus unterschiedlichen Stromquellen und sehen großen Nutzen im Abscheiden und Speichern von CO₂, also im Carbon Capture and Storage (CCS). Die AfD möchte zurückkehren zur Atomkraft. Hoffnungen legt das Land zudem auf die Tiefengeothermie als weiterer erneuerbarer Energieträger – gerade im Rheingraben. Noch sei es aber zu früh, Ausbauziele zu definieren, so ein Sprecher Eders. Das könne sich erst 2030 ändern.

Quelle: DIE RHEINPFALZ, 18. Februar 2026

a. Wie sieht der aktuelle Ausbau von Solarenergie in Rheinland-Pfalz aus?

b. Überlegt: Welche Argumente sprechen für eine verpflichtende Installation von Solaranlagen

Seite 3 von 6

Landtagswahl 2026

Name: _____

Gruppe 2

- c. Wie steht es um die Windkraft im Land? Wie stark weicht der Ausbau vom Ziel ab und warum wird eine Trendwende erwartet?

- d. Füllt die folgende Tabelle aus:

| Partei (alph. geordnet) | POSITION ZUR RHEINLAND-PFÄLZISCHEN ENERGIEPOLITIK |
|--------------------------------|--|
| AfD | |
| CDU | |
| Die Linke | |
| FDP | |
| Freie Wähler | |
| Grüne | |
| SPD | |

Seite 4 von 6

Gruppe 3

Aufgabe: Lest euren Teil des Artikels „Klimaschutz? Bitte hinten anstellen“ aus der RHEINPFALZ-Serie „Baustellen der Landespolitik“. Beantwortet im Anschluss die Fragen dazu.

Klimaschutz? Bitte hinten anstellen

Von Kara Ballarin

Für rund 40 Prozent der bundesweiten Treibhausgasemissionen ist der Wärmesektor verantwortlich. Nur ein Bruchteil der Wärmeversorgung stammt aus Erneuerbaren. Ihr Anteil im Land lag 2023 bei 13,7 Prozent.

Das soll sich dank des Wärmeplanungsgesetzes der Ampelregierung im Bund von 2024 und dessen rechtlicher Umsetzung im Land ändern. Konkret müssen größere Städte in Rheinland-Pfalz bis zur Jahresmitte ihre kommunale Wärmeplanung vorlegen, kleinere bis Mitte 2028. Von Bund und Land gibt es dafür Fördermittel, die Energie- und Klimaschutzagentur hilft mit Wissen. Zentraler Aspekt dabei sind Wärmenetze, wo diese möglich sind. Sie müssen bis 2045 klimaneutral betrieben werden.

Wichtiger Nebeneffekt: Fossile Energieträger wie Öl und Gas werden teurer, weil der CO₂-Preis steigt – wohl erst recht, wenn er ab 2028 im Emissionshandel der EU durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Zur Senkung der Energiekosten setzt das Land zudem auf energetische Sanierung der Gebäude.

Hierzu, und zur Senkung von Energiekosten allgemein, bietet die Verbraucherzentrale kostenlose Beratung, 25.000 habe es in den vergangenen beiden Jahren gegeben, betont Eders Sprecher.

Grüne, SPD und Linke setzen für die Wärmewende stark auf Wärmenetze. Dabei sollen nach dem Willen der Grünen auch Flusswärme, Tiefengeothermie und Abwärme genutzt werden – letztere beide Quellen betont auch die CDU. Einen Anschlusszwang lehnt die CDU aber ab. Nach dem Willen der FDP soll es nach der ersten Pflicht-Wärmeplanung gut sein.

Weiteres Sorgenkind ist der Verkehrsbereich, in dem sich der Ausstoß an Treibhausgasen zum Referenzjahr 1990 kaum verändert hat. Er ist bundesweit und auch im Land für gut ein Fünftel der Emissionen verantwortlich. Hauptverursacher ist der Straßenverkehr, der Löwenanteil entfällt auf den individuellen Autoverkehr.

Laut Landes Klimaschutzgesetz soll sich das schnell ändern, bis 2040 soll der

Verkehr seine Emissionen um 94 Prozent senken. Dafür will die Regierung mehr Menschen zum Umsteigen auf Bus, Bahn, Rad und E-Auto bewegen – unter anderem mit mehr Geld für bessere und stärker aufeinander abgestimmte Angebote. Inzwischen gibt es laut Verkehrsministerium landesweit drei Mal so viele Ladestationen wie 2021. Stillgelegte Bahnstrecken werden wiederbelebt, das Radverkehrsnetz verbessert. Ein geplantes 365-Euro-Ticket für junge Menschen kam indes nicht – auch wegen des Deutschlandtickets. Und auch der Zuwachs an E-Autos bleibt bislang deutlich hinter den Zielen zurück. SPD, Grüne und Linke wollen den öffentlichen Verkehr weiter voranbringen, etwa durch eine bessere Taktung (SPD), eine landeseigene Infrastrukturgesellschaft (Grüne) oder auch durch kostenlosen, weil durch Steuergeld finanzierten ÖPNV (Linke). CDU, FDP und Freie Wähler setzen zwar auch auf einen guten Regionalverkehr, pochen aber auch auf Technologieoffenheit und lehnen ein Aus für Verbrennermotoren ab.

Quelle: DIE RHEINPFALZ, 18. Februar 2026

- a. Im Bereich des Wärmesektors haben erneuerbare Energiequellen bisher nur einen geringen Anteil. Welche Ansätze zur Veränderung werden im Text genannt?

Landtagswahl 2026

Name: _____

Gruppe 3

b. Bei der sogenannten Wärmewende sollen Treibhausgasemissionen bei der Wärmeversorgung verringert oder sogar vermieden werden. Wie kann der Emissionshandel zu diesem Ziel indirekt beitragen?

c. Im Verkehrsbereich sollen die Treibhausgasemissionen bis 2040 drastisch gesenkt werden. Welche Maßnahmen der Landesregierung sind dafür im Text beschrieben, und welche weiteren Ideen könntet ihr ergänzen?

d. Füllt die folgende Tabelle aus:

| Partei <small>(alph. geordnet)</small> | POSITION ZUR RHEINLAND-PFÄLZISCHEN VERKEHRSPOLITIK |
|---|---|
| CDU | |
| Die Linke | |
| FDP | |
| Freie Wähler | |
| Grüne | |
| SPD | |